

Gremium: Gesundheitsausschuss  
Sitzungsdatum: 03.12.2002  
Vorlagenummer: 1076/002

**Betreff: Konzept zur Auflösung der städt. Desinfektionsstelle und der staatlich anerkannten Lehranstalt für Desinfektoren / Desinfektorinnen**

**Beschluss:**

1. Die Desinfektionsstelle wird nicht aufgelöst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, neue bedarfsgerechte Räumlichkeiten für die Desinfektionsstelle und die Desinfektionsschule zu suchen, die kostengünstiger sind.
3. Mit den umliegenden Kommunen über eine Vereinbarung zwecks gemeinsamer Leistungserbringung zu verhandeln.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein laufendes Kosten-Controlling mit vierteljährigem Zwischenbericht sicherzustellen.
5. Die freien Stellen erst bei entsprechender Nachfrage nach Leistungen wiederzubesetzen.

**Sachstand:**

**zu 2.:**

Die Verlagerung der Desinfektionsstelle ist abgeschlossen.

**zu 3.:**

Das am 06.06.2006 verabschiedete Konzept zur Eindämmung drohender Gesundheitsgefahren (Schadnagerkonzept) für die Kölner Bevölkerung durch Schadnager greift.

Durch dieses Konzept wird u.a. die Desinfektionsstelle ermächtigt, selbständig – ohne Beauftragung durch andere Dienststellen – vorbeugende Schadnagerbekämpfungsmaßnahmen in öffentlichen Grünflächen und Straßenbegleitgrünflächen durchzuführen.

**zu 4.:**

**Darstellung Gesamtbereich**

Zurzeit ist die Lieferung aktueller betriebswirtschaftlicher Daten nicht möglich. Die Ursache hierfür liegt stadtweit in der Umstellung auf das NKF in der Software SAP/CO. Dieses System ist für laufende Arbeiten gesperrt. Sobald das System wieder freigegeben ist, wird dem Ausschuss UGG gesondert berichtet.

Grundsätzlich ist jedoch ein positiver Trend absehbar. Es wurde ein Rahmenvertrag über Entwesungsleistungen und Schadnagermonitoring mit einem stadtbekanntem Restaurant abgeschlossen. Dieser kam zustande, da die Brauerei im Rahmen der Qualitätssicherung auf den Abschluss eines solchen Vertrages bestanden hat. Hier ergeben sich für die Zukunft weitere Potenziale.

Darüber hinaus stehen langfristige Vertragsbindungen mit den Bühnen der Stadt Köln sowie der AVG kurz vor dem Abschluss.

Durch einen Bericht des WDR über die unhaltbaren hygienischen Zustände am Großmarkt, sahen sich die Betreiber veranlasst, nachhaltig Schädlinge bekämpfen und Präventivmaßnahmen durchführen zu lassen. Durch die Desinfektionsstelle werden nun monatlich Schadnagermonitoring sowie die damit im Zusammenhang stehenden Entwesungsmaßnahmen durchgeführt.

Ebenfalls wird - mangels gesehener Zuständigkeit der StEB - im Kanalsystem auf dem Großmarktgelände die Schädlingsbekämpfung durch die Desinfektionsstelle vorgenommen.

Gremium: Gesundheitsausschuss  
Sitzungsdatum: 25.03.2003  
Vorlagenummer: 0278/003 und 0327/003

**Betreff: Nachhaltige Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche der in der Mitteilung zur Sondersitzung des Gesundheitsausschusses, des Jugendhilfeausschusses – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, des Ausschusses für Soziales und Senioren sowie des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 23.01.03 vorgeschlagenen Maßnahmen kostenneutral umgesetzt werden können sowie Vorschläge vorzulegen, zu welchen Lasten Kosten verursachende Maßnahmen gehen können.

Dabei ist besonderer Wert zu legen auf:

Möglichkeiten der Verbesserung der Vernetzung, einen Schwerpunkt bei der früh einsetzenden Gesundheitserziehung bereits im Kindergarten zu setzen, der in der Schule fortgeführt werden sollte und der auf Fragen der Ernährung und Bewegung besonders eingeht. geschlechtsspezifische Gesundheitsfragen von Mädchen und Jungen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung in diesem Zusammenhang:

Gespräche mit den Krankenkassen zu führen, um eine weitergehende Bewilligung von Präventivangeboten für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, den Kindergärten und den Schulen nahe zu legen, Gesundheitserziehung als Bestandteil ihres Fortbildungsprogramms für Erzieher/innen und Lehrer/innen aufzunehmen. Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, inwiefern sie Kindergärten und Schulen bei der Konzipierung und Durchführung solcher Fortbildungen Hilfestellungen geben kann.

Das Ergebnis ist neben dem Gesundheitsausschuss auch den weiteren an der o.g. Sondersitzung beteiligten Fachausschüssen zur Kenntnis zu geben.

**Sachstand:**

Der am 23.01.2003 vorgelegte Bericht zur nachhaltigen Verbesserung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendgesundheitsbericht Köln 2002) wurde im November 2003 in der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) vorgestellt. Die KGK hat das im Bericht vorgeschlagene Maßnahmenpaket ausdrücklich begrüßt und darauf hingewiesen, dass die mit der Umsetzung der im Auftrag der o.g. Ausschüsse von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen verbundenen Finanzierungsfragen einer Lösung bedürfen. Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 14.05.2007, in allen Kölner Kindergärten Untersuchungen und Beratungen durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst durchzuführen, kann eine der im Kölner Kinder- und Ju-

gendgesundheitsbericht 2002 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Kölner Kinder umgesetzt werden. Dabei gibt es momentan noch Personalgewinnungsprobleme, um deren Lösung sich 53 in Zusammenarbeit mit 11 intensiv bemüht.

Seite 250

Gremium: Umwelt, Gesundheit und Grün  
Sitzungsdatum: 02.11.2006  
Vorlagennummer: 1919/006

**Betreff: Verantwortliche Drogenpolitik in Humboldt-Gremberg**

**Beschluss:**

Es ist eine gesicherte Erfahrung aus 15 Jahren Kölner Drogenpolitik, dass niederschwellige Einrichtungen wie Kontaktcafes mit ärztlicher Beratung, offenen Gesprächsangeboten und Spritzentausch notwendig sind. Diese Einrichtungen müssen dort angesiedelt sein, wo die Drogenabhängigen erreichbar sind. Sie sind gleichzeitig ein Instrument dafür, die Nutzerinnen und Nutzer zu stabilisieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren. Nicht gesellschaftskonformes Verhalten wird dadurch oftmals minimiert.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, wie sich die Arbeit der Kontaktstelle des Junkie-Bundes in den letzten Jahren angesichts der beschriebenen Aufgabenstellung entwickelt hat.  
Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit der Ausbau der Öffnungszeiten, verbesserte Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft und noch stärkere Aktivierung des Klientels für öffentliche Belange erreicht werden kann. Die finanziellen Konsequenzen erweiterter Aufgabenstellung sind darzustellen.
2. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Einrichtung eines niederschweligen Drogenhilfe- und Beratungsangebotes einen besser geeigneten Standort zu suchen, der für die Drogenabhängigen des Stadtteils erreichbar ist, um die bisherige Einrichtung in der Taunusstraße bald möglichst dorthin zu verlagern. Die Einrichtung sollte finanziell so ausgestattet werden, dass die bisherigen Öffnungszeiten und Angebote deutlich ausgeweitet werden können.
3. Die Arbeit der bereits tätigen Arbeitsgruppen in Humboldt-Gremberg, wie der kriminalpräventive Rat und die Dialogrunde in Form einer Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren. Die dort bereits erzielten und die künftigen Ergebnisse sowohl im jugend- als auch im sozialpolitischen und im ordnungsrechtlichen Bereich sind weiterhin umzusetzen, insbesondere auch mit dem Ziel:
  - der Verzahnung und Intensivierung lokaler Präventionsarbeit (z.B. Schulsozialarbeit, unterrichtlichen Aufklärung, der Möglichkeit des flexiblen Einsatzes eines Ambulanzbusses
  - durch die erhöhte Anwesenheit von Ordnungskräften im Viertel Straftaten im öffentlichen Raum vorzubeugen und den Bürgern damit auch das Gefühl von Sicherheit wiederzugeben
  - den öffentlichen Drogenhandel und -konsum unter anderem durch die Verhängung von Platzverboten etc. zu verhindern

- eventuellen Sichtschutz durch Rückschnitt von Gehölzen und ähnlichen Maßnahmen zu entfernen, um den Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu erschweren
- Eindämmung der Prostitution
- Bekämpfung von Eigentumsdelikten, insbesondere Einbruch und Diebstahl
- Bekämpfung der Belästigung und Bedrohung von Anwohnern
- Abbau von Gefährdungssituationen insbesondere von Kindern, wobei es vor allem um die Verhinderung und Vermeidung des Herumliegens von Spritzen geht
- verstärkte Beobachtung von und ggf. Intervention gegen Kultur- und Freizeitvereine, Kneipen, Internet-Cafes, die Raum für Kriminalität bieten
- stärkere Ausübung des Hausrechts durch KVB und DB und Schwerpunktkontrollen, um den Raum für Drogenhandel und Drogentourismus einzudämmen
- Verbesserung der Ausleuchtung des Kinderspielplatzes Taunusstraße

Die Bevölkerung ist in geeigneter Form von den Maßnahmen und über städtische und polizeiliche AnsprechpartnerInnen zu unterrichten.

#### 4. Analyse und Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldsituation

Eine weitere Konzentration von Problemgruppen muss auch durch eine veränderte Zuweisungspraxis in städtische Wohnungen verhindert werden, um mittelfristig eine ausgewogene Bevölkerungsmischung zu erreichen.

Dazu muss die Wohnsubstanz in öffentlichen Wohnungen und das Wohnumfeld verbessert werden, damit nicht die stabilisierenden Mitbürger aus Humboldt-Gremberg abwandern.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die Einrichtung eines rechtsrheinischen Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes an einem geeigneten Standort zu prüfen. Der Gesundheitsraum/Drogenkonsumraum soll in eine niederschwellige Einrichtung zur Drogenhilfe mit Beratung zum Ausstieg und der Möglichkeit zur medizinischen Versorgung eingebettet werden. Die Erfahrungen mit dem Betrieb des ersten Kölner Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof sind in die Planungen einzubeziehen.

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind angesichts der Haushaltsplanberatungen kurzfristig darzustellen.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss über das bestehende gesamtstädtische Konzept zur Drogenhilfe und -prävention zu berichten und darzulegen, ob sich angesichts der aktuellen Problemlage in Humboldt/Gremberg Handlungsbedarf ergibt.

#### **Sachstand:**

##### Zu1:

Vorab ist mitzuteilen, dass sich der „Junkie-Bund e.V.“ umbenannt hat „Vision e.V.“. Im Folgenden soll aber noch die alte Bezeichnung Junkie-Bund verwendet werden.

Die Betriebskonzeption des Junkie-Bundes wird weiterhin umgesetzt. Die Inanspruchnahme ist hoch, zu den Öffnungszeiten in der Woche wird seit einigen Monaten im 14-tägigen Rhythmus ein Sonntagscafé angeboten, das nur durch Mitarbeiter der Selbsthilfe betrieben wird.

Der Junkie-Bund hat sich beim Landschaftsverband Rheinland für eine Beauftragung

nach § 75 SGB XII für ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe zum selbstständigen Wohnen für Menschen mit Behinderungen (Ambulant Betreutes Wohnen) beworben. Mit einer Beauftragung ist in Kürze zu rechnen. Damit können Menschen die bereits jetzt dem Junkie-Bund bekannt sind bzw. die bei ihnen vorstellig werden, engmaschig betreut werden. Diese Betreuung kann mehrere Stunden wöchentlich umfassen und erstreckt sich auf sämtliche Lebensbereiche, wie z.B. Wohnen, Arbeit und Gesundheit. Damit ist ein weiterer Baustein der individuellen Hilfe für Abhängige geschaffen, die vorrangig im Stadtteil wohnen auch dort betreut werden können.

Zu 2:

Der Fertigstellung des Neubaus in der Neuerburgstraße in Kalk schreitet fort. Der Umzugstermin wird sich voraussichtlich auf September verschieben. Insgesamt erfolgt die Umzugvorbereitung bislang planmäßig.

Zu 3:

Die bekannten Arbeitsgruppen (Verwaltung und Polizei; Bezirksvertretung/Bürgeramt/Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern) werden fortgesetzt. Die Kooperation ist durch die begonnene Arbeit des ASC (Aufnehmendes Suchtclearing) intensiviert. Durch die mobile Einsatzmöglichkeit der ASC Mitarbeiter ist es möglich, sehr direkt und zeitnah vorliegenden Hilfebedarf seitens der Ordnungskräfte, der Polizei, anderen Einrichtungen oder Personen anzuzeigen, Kontakt aufzunehmen und Hilfe anzubieten.

Zu 4:

Die behutsame Steuerung der Wohnsubstanzverbesserung und Neubauplanung im Verbund mit öffentlicher Förderung zum Zwecke der Verbesserung der Wohnsituation in Kalk wird durch die Wohnungsversorgungsbetriebe sowie durch die Fachstelle Wohnen des Amtes für Soziales und Senioren begleitet.

Zu 5:

Der Verwaltung ist es bislang nicht gelungen in Abstimmung mit der Polizei und den Ordnungskräften einen Standort für einen zweiten Konsumraum im Rechtsrheinischen zu finden. Die Bemühungen werden fortgesetzt.

Zu 6:

Die Verwaltung berichtet regelmäßig dem Ausschuss über die gesamtstädtische Entwicklung zur Drogenhilfe und -prävention. Ein besonderer Handlungsbedarf für Humboldt-Gremberg ist zurzeit nicht erkennbar.

Gremium: Umwelt, Gesundheit und Grün  
Sitzungsdatum: 03.05.2007  
Vorlagennummer: A/0133/007

**Betreff: Zuwendungscontrolling**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird um detaillierte Darstellung gebeten, wie sicher gestellt wird, dass die jährlichen städtischen Zuschüsse, die im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün an Kölner Institutionen gewährt werden, bestimmungsgemäß verwandt werden.

**Sachstand:**

Die Prüfung des Gesundheitsamtes hinsichtlich des zweckbestimmten Mitteleinsatzes erfolgt über vorgelegte Verwendungsnachweise. Hier wird anhand von Belegen geprüft, ob die ausgezahlten Mittel entsprechend der in den Zuwendungsbescheiden enthaltenen Auflagen verausgabt wurden.

Hinsichtlich der Wirksamkeit und Zielerreichung befindet sich die Verwaltung derzeit im Dialog mit den Zuschussnehmern, inwieweit die für städtische Gesundheitshilfen festgelegten Erfolgsparameter und -indikatoren auch von den freien Trägern der Gesundheitshilfen bedient werden können.

Die Gesundheitsverwaltung hat das Ziel, für die jeweiligen Zuschussbereiche ab III. Quartal 2008 folgende Erfolgsparameter zu installieren:

I. Zuschussbereich „Schwangerschaftskonfliktberatung“

- Anzahl Beratungen
- Anzahl Kontakte

II. Zuschussbereich „Hilfen für psychisch Kranke“

- Anzahl Patienten/Klienten
- Anzahl Kontakte

III. Zuschussbereich „Hilfen für Abhängigkeitserkrankte“

- Anzahl Patienten
- Anzahl Kontakte

IV. Zuschussbereich „Hilfen im Zusammenhang mit STD/AIDS“

- Anzahl Patienten
- Anzahl Kontakte

Zur Förderung von Selbsthilfegruppen existieren entsprechende Richtlinien. Die Entscheidung über die Zuschusshöhe liegt beim Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nachdem die Förderanträge im Unterausschuss Selbsthilfegruppen vorberaten wurden.

Entsprechend der Beschlusslage zum Haushalts sicherungskonzept (HSK) werden die Zuschüsse des Gesundheitsamtes im Rahmen der HSK-Maßnahmen „Steuerung von Zuschüssen an Dritte – Aufbau eines Zuschussmanagements“ (vergleiche Liste1, Kienbaum VN, Maßnahme 50.1) ab 2008 einem zusätzlichen Controlling, unter der Federführung des Amtes für Sozialen und Senioren, unterzogen.

Zwischenzeitlich wurden alle Zuschussnehmerinnen und Zuschussnehmer aufgefordert, Daten zu liefern. Die Auswertung dauert noch an.

Aktuell erfolgt ein Datenabgleich hinsichtlich der Zuschussempfänger, der Zielgruppen sowie der Verwendungszwecke (Globalmittel, Sachkosten, Personalkosten).